Stadt **OLCHING**

...gemeinsam Stadt sein!

Thomas L. Friedrich
Pressesprecher
Telefon: 08142 200 1030
Mobil: 0176 8007 6904
Mail: oeffentlichkeitsarbeit@olching.de
Rebhuhnstraße 18
82140 Olching

Pressemitteilung vom 22.10.2026

Verkehrsdebatte in Olching: Stadt stellt Zuständigkeiten klar

Baulastträgerschaft ist unstrittig – Kritik richtet sich gegen die verkehrsrechtlich angeordneten Umleitungen

Die Stadt Olching stellt sich einer verkürzten Darstellung der Zuständigkeiten bei den aktuellen Verkehrsproblemen entgegen. Dass sie als Baulastträger für ihre Baumaßnahmen verantwortlich ist, steht außer Frage und wurde nie bestritten. Die bei der Bürgerversammlung am 14. Oktober 2026 geäußerte Kritik betrifft jedoch insbesondere die verkehrsrechtlichen Anordnungen und die ausgewiesenen Umleitungen, die für zahlreiche Bürger mit erheblichen Belastungen verbunden sind.
Das Landratsamt Fürstenfeldbruck verwies in einer Stellungnahme, über die der Münchner Merkur am 20. Oktober 2026 berichtete, auf die Zuständigkeit der Stadt für die Baustellen und erklärte, die Straßenverkehrsbehörde sei lediglich für die Verkehrssicherung zuständig. Diese Einordnung greift aus Sicht der Stadt zu kurz: Die Verantwortung für die Planung und Durchführung einer Baumaßnahme ist von der Zuständigkeit für verkehrsrechtliche Anordnungen zu unterscheiden.

Die entscheidende Frage ist die konkrete Verkehrsführung

Die Stadt Olching trägt die Verantwortung für die Planung und Umsetzung ihrer Baumaßnahmen und bemüht sich, deren Auswirkungen auf die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen, mit denen Beschilderungen und Umleitungen festgelegt werden, sind davon jedoch zu unterscheiden. Die von der Stadt kritisierte Umleitungsführung beruht auf entsprechenden Anordnungen des Landratsamtes.
Der Verweis auf die Baulastträgerschaft beantwortet daher nicht, ob die angeordnete Verkehrsführung sachgerecht ist, welche Alternativen geprüft wurden und ob sich die Belastungen hätten reduzieren lassen. Genau diese Fragen standen jedoch im Mittelpunkt der Bürgerbeschwerden. Es geht der Stadt Olching nicht darum, Verantwortung abzugeben, sondern Zuständigkeiten korrekt zu benennen und die Kritik dort zu diskutieren, wo die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden.

Stadt kritisiert verkürzte mediale Einordnung

Auch die Berichterstattung des Münchner Merkurs greift aus Sicht der Stadt zu kurz. In den Beiträgen zur Bürgerversammlung und zur Stellungnahme des Landratsamtes wird dessen Darstellung aufgegriffen, ohne den entscheidenden Unterschied zwischen der Verantwortung für die Baumaßnahmen und der verkehrsrechtlich angeordneten Verkehrsführung ausreichend herauszuarbeiten.
So entsteht der Eindruck, die Kritik an den Umleitungen lasse sich bereits mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Stadt für die Baustellen entkräften. Eine solche Einordnung wird dem eigentlichen Gegenstand der Debatte nicht gerecht.
Gerade bei unterschiedlichen Darstellungen öffentlicher Stellen ist eine eigenständige journalistische Prüfung erforderlich. Dazu gehört, Zuständigkeiten anhand der konkreten Sachlage zu unterscheiden, die Urheberschaft der verkehrsrechtlichen Anordnungen zu klären und die Argumente beider Seiten einzuordnen. Die Stadt erwartet keine Berichterstattung zu ihren Gunsten, wohl aber eine differenzierte Recherche, die den Lesern eine fundierte eigene Meinungsbildung ermöglicht. Ob diesem Anspruch hier ausreichend Rechnung getragen wurde, erscheint angesichts der verkürzten Darstellung fraglich.

Stadt **OLCHING**

...gemeinsam Stadt sein!

Thomas L. Friedrich
Pressesprecher
Telefon: 08142 200 1030
Mobil: 0176 8007 6904
Mail: oeffentlichkeitsarbeit@olching.de
Rebhuhnstraße 18
82140 Olching

Im Interesse der Bürger handeln

Die Stadt Olching nimmt die bei der Bürgerversammlung geäußerte Kritik ernst. Die Belastungen durch Baustellen und Umleitungen sind für viele Menschen im Alltag spürbar. Umso wichtiger ist es, Ursachen nachvollziehbar zu benennen und die Handlungsmöglichkeiten aller zuständigen Stellen auszuschöpfen.

Dafür braucht es eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landratsamt sowie eine transparente Kommunikation. Die Stadt wird ihre Baumaßnahmen weiterhin verantwortungsvoll umsetzen und zugleich darauf bestehen, dass die verkehrsrechtlichen Anordnungen und ihre konkreten Auswirkungen kritisch geprüft werden.